Unabhängige Wählergemeinschaft Kierspe

UWG- Kierspe, Jahnstraße 13a, 58566 Kierspe

Stadt Kierspe
Herrn Bürgermeister Frank Emde

58566 Kierspe

1.Vorsitzender:
Clemens Wieland
Jahnstraße 13a
58566 Kierspe
Tel.: 02359/ 2874
e-mail:
clemens.wieland.kierspe@t-online.de

Kierspe, den 26.11.2013

Stellungnahme der UWG-Fraktion zum Haushalt 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Wir werden es auch in diesem Jahr nicht schaffen, trotz aller Bemühungen, den Haushalt auszugleichen. Ganz im Gegenteil, es wird wieder ein millionenschweres Loch geben. Die finanzielle Misere nah an der Insolvenz, ist in erster Linie einer Bundes- und Landespolitik anzulasten. Neben bestehenden Aufgaben werden immer neue Kosten auf die Kommunen abgewälzt. Ich persönlich setze allerdings große Hoffnung auf die große Koalition, wenn sie denn zu Stande kommt. Bisher lag das Hauptaugenmerk der großen Parteien darauf, sich gegenseitig zu blockieren und Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Das total überzogene sozial und Umweltdenken der Grünen, zum Teil ohne jede wirtschaftliche Vernunft, z.B. bei der Energiewende, bekommt jetzt durch Frau Kraft und Herrn Altmeier einen Dämpfer. Es kann nicht sein, dass in einem gemeinsamen Europa unsere Nachbarn nach wie vor auf Atomkraft setzen, sicher die sauberste, preisgünstigste, aber auch gefährlichste Energie wir in Deutschland durch zum Teil teure erneuerbare Energie das Konsumverhalten der Bürger einschränken und unseren Wirtschaftsstandort gefährden. Wenn ich zu Anfang meiner Haushaltsrede zuerst auf Bund und Land eingehe, hat das einen guten Grund. Die Finanzpolitik von Bund und Land haben wesentlich größere Auswirkungen auf unseren Haushalt wie beispielsweise das gesamte Haushaltssicherungskonzept. Pflichtaufgaben müssen erfüllt werden, also bleibt fast nur, die freiwilligen Leistungen zu kürzen. Obwohl diese nur knapp 3% des Gesamthaushaltes ausmachen, eigentlich Penuts. Weitere Senkungen in diesem Bereich sind mit der **UWG Kierspe** nicht zu machen. Dass die allgemein, schon bis an das äußerste verschuldeten westdeutschen Städte noch hohe Summen in den Fond der Deutschen Einheit bezahlen müssen, (für Kierspe bisher fast 9 Mill. Euro) an oft schon reich zu nennende ostdeutsche Städte, versteht nur Frau Merkel. Ich leider nicht. Man wird den Eindruck nicht los, dass es vielleicht auch um Wählerstimmen im Osten geht.

Wenn bei den Koalitionsverhandlungen auch über die Maut von PKW's diskutiert wird, kann man das nicht einfach vom Tisch wischen. Der volkswirtschaftliche Schaden, bedingt durch kaputte und fehlende Straßen, ist mehrfach höher wie die jährliche Maut. Sicher muß allerdings sein, dass es kein bürokratisches Monster wird und dass die Einnahmen zu 100% in den Straßenbau fließen.
Nun zu einem heiß diskutierten Thema in Berlin: Reichensteuer und Mindestlohn. Das Argument bei Einführung einer neuen Reichensteuer, es würde noch mehr Geld ins Ausland geschafft, zieht doch nicht. Das hat man bisher auch schon gemacht, siehe Uli Hoeneß.

Ein Mindestlohn sollte eigentlich selbstverständlich sein, für den, der gute Arbeit leistet. Für jeden weiteren, der in Harz IV fällt, entstehen soziale Leistungen, die die Allgemeinheit aufzubringen hat. Auch die Unternehmer sollkten wissen, und sie wissen es auch, nur zufriedene Mitarbeiter bringen eine gute Leistung. Wer allerdings glaubt, sich auf Kosten der Allgemeinheit einen schönen Tag zu machen, der muß noch strenger an die Kandare genommen werden. Über eines müssen wir uns im klaren sein. Überzogenes Anspruchsdenken und soziale Wohltaten müssen sich auf das berechtigte und unerläßlich Notwendige beschränken.

Nun zu den Kiersper Haushaltsproblemen. Wie wir sie evtl., immer vorausgesetzt, dass Bund und Land ihr Verhalten grundlegend ändern, lösen können. Schaffen wir den Haushaltsausgleich nicht, dann droht der Sparkommissar, der dann das bischen freiwillige Leistungen auch noch streicht. Das ist das Ende der Selbstverwaltung einer Stadt. Wir haben in wirtschaftlich guten Zeiten ein Defizit von gut 4 Mill. Euro, trotz aller Sparbemühungen, das zeigt noch einmal deutlich, dass der Hebel anderswo angesetzt werden muß. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Mit der Zerschlagung unserer Infrastruktur werden wir das Problem nicht lösen. Das würde die **UWG** auch nicht mittragen. Positives Denken, nach vorne schauen, unsere schöne Stadt weiter entwickeln, dass muß unser aller Ziel sein. Nur dann können wir auf lange Sicht überleben. Die Stadt Kierspe hat sicherlich viele Schulden und die werden wir auch nicht wieder los. Aber wir haben auch etwas geschaffen, wo jeder Bürger von profitiert. Es weiß jeder Unternehmer, aber auch der Privatmann, man kann zwar Schulden haben, aber sie dürfen nur durch Investitionen entstanden sein. Leider ist es bei einer Stadt anders, wie bei einem Unternehmen. Unsere Investitionen amortisieren sich nur zum Teil.
Wir haben die Aufgabe, eine Lebenswerte Stadt zu schaffen und da sind wir in Kierspe auf einem sehr guten Weg. Nachbarkommunen beneiden uns mittlerweile um unsere guten Einkaufsmöglichkeiten, auch dadurch kommt Geld in unser Stadtsäckel.
Unser gute Sportmöglichkeiten, Schulen, Kindergärten und die Vielzahl der Vereine, sind weitere Punkte einer funktionierenden Stadt.

Aber wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, Einnahmen zu verbessern und Ausgaben zu senken. Auch gegen den Unwillen von Bürgern oder auch Unternehmen. Wir werden nicht umhin kommen, die Gewerbesteuer zumindest an andere Kommunen anzugleichen. Eine Nachbarkommune liegt deutlich über uns und trotzdem geht man dorthin. Überzogene, teure Auflagen sind das größere Problem für Betriebe als die Gewerbesteuer. Aber auch andere Steuern müssen auf den Prüfstand. Irgendwann werden wir auch mal, wenn es berechtigt ist und verkraftbar, über Zusammenlegung von Schulen und Kindergärten bis hin zu Schließungen, zumindest diskutieren müssen. Das alles möchte die **UWG** natürlich nicht, aber wer weiß, wie der demographische Wandel uns noch erfaßt und dann kann es so weit kommen. Um es nicht so weit kommen zu lassen, müssen wir dem schnellstens entgegenwirken. Das Wohnverhalten der Bürger hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Alleinerziehende, Singels und ein höherer Anspruch an die Wohnqualität, dem muß Rechnung getragen werden.
Es ist dringend erforderlich, nicht auf Baulücken an der Friedrich-Ebert-Straße und Kölner Straße zu setzten, sondern das Baugebiet Östlich Rathaus, das im übrigen auch der Stadt gehört, und damit auch die Einnahmen, weiter zu entwickeln. Außerdem haben **UWG** und SPD schon vor Jahren einen Antrag eingebracht, in Rönsahl ein größeres, absolut sonniges Gebiet zur Bebauung vorzubereiten.
Wir sollten alles tun, dass Kiersper Bürger, aber auch andere, die in den großen Firmen in Meinerzhagen oder auch anderswo arbeiten, in Kierspe preiswerte Baugrundstücke und Wohnungen vorfinden. Im Übrigen sind die Einnahmen aus der Einkommensteuer, die ja in der Stadt verbleibt, wo man wohnt, bei uns jetzt schön höher wie die Gewerbesteuer. Die Aktivierung der Bahn, in Verbindung mit dem wunderbaren Busbahnhof, trägt sicherlich auch dazu bei, junge Leute auf Grund der verbesserten Verkehrsmöglichkeiten in Kierspe zu halten. Die Abwanderung junger Leute ist unser größtes Problem. Moderne Firmen, wie sie in Kiersperhagen entstanden sind und hoffentlich auch im interkommunalen Gewerbegebiet in Meinerzhagen Grünewald entstehen werden, bieten jungen Leuten Chancen, sich nach ihren Wünschen und Möglichkeiten zu entwickeln und diese dadurch in Kierspe zu halten.

Mein Fazit: Alles tun, um neue Gewerbeflächen in Kierspe zu bekommen und auszuweisen. Eine Bezirksregierung, die von uns den Haushaltsausgleich einfordert, darf uns doch nicht die Ausweisung dringend notwendiger Gewerbeflächen versagen.

Die Schullandschaft ist immer in Bewegung. Mit dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz sollen auch die Förderschulen neu aufgestellt und die Inklusion weiter voran getrieben werden. Aber nicht für alle Kinder ist die Inklusion in den weiterführenden Schulen sinnvoll.. Eine individuelle Förderung macht auch weiterhin Sinn. Deswegen müssen wir unser Kompetenzzentrum im oberen Volmetal, auch mit neuen Partnern wie z.B. Halver, beibehalten.
Der Zusammenschluss der Pestalozzi- mit der Schanhollenschule ist auf dem richtigen Weg. Somit unterstützen wir auch die Fusion der Servatius- mit der Bismarkschule. Wir erreichen, dass der Schulstandort Rönsahl erhalten bleibt. Eine alte Forderung der UWG- Kierspe.

Speziell an der Gesamtschule haben wir einen enormen Renovierungsstau. Hier müssen zukünftig jedes Jahr weitere Mittel eingebracht werden, um die Schule auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen. Die Renovierung der naturwissenschaftlichen Räume ist der erste richtige Schritt.

Ein ganz anderes Thema. Die öffentliche Hand hat sicher eine besondere Verpflichtung der ökologischen Waldbewirtschaftung. Aber wird das in Zeiten von Minister Remmel nicht überzogen? Auch ökonomisches Wirtschaften muß nicht umweltschädlich sein. Ja, wo können wir weiter einsparen? Etwa bei den Dienstleistungen? Ich glaube nicht, dass unsere Bürger das wollen. Sie wollen eine saubere, gepflegte Stadt. Sie wollen eine größtmögliche Sicherheit gegen Vandalismus und ähnliches. Auch da kommt für mich wieder das Land NRW ins Spiel. Der Abbau bei der Polizei ist unverantwortlich, aber ein weiteres Beispiel dafür, dass man immer mehr auf die Kommunen abwälzt, die deshalb auf private Sicherheitsdienste zurückgreifen muß.

Ich bin froh, dass es ein klares Bekenntnis gibt, den Winterdienst nicht einzuschränken. Aber da müssen dann alle Bürger gleich behandelt werden. Auch der Außenbereich muß sein Scherflein dazu beitragen. Egal, ob man an einer Bundes., Land- oder Kreisstraße liegt, ob man ein Auto hat oder Fußgänger ist.

Ich glaube, in meinem nächsten Leben werde ich Gutachter. Für alles und nichts muß ein Gutachter her. Die widersprechen sich dann kräftig und deshalb kommt auch noch ein Dritter. Wie sagt der Volksmund: Trau nur einem Gutachten, welches du selbst gemacht hast. Wir haben in Kierspe zwei ausgezeichnete Fachleute im Bereich Wald und Bäume, die in diesem Bereich jeden Gutachter ersetzen könnten und damit hohe Kosten eingespart erden könnten.
Im Dorf steht eine dicke, gesunde Eiche, natürlich mit einem Gutachten belegt. Ich weiß nicht, warum beim Bau des neuen Marktes nochmals ein Baumgutachter dafür eingeschaltet wird.

Das gleiche bei der Kastanienallee. Jeder weitere Euro, der da noch reingesteckt wird, ist Verschwendung von Steuergeldern. Im übrigen erlangen Kastanien, im Gegensatz zu anderen Baumarten, oft nur ein Alter von ca. 100 Jahren. Die Diskussion um die Einsparung von fast 100.000,-- Euro beim Putzdienst war völlig überflüssig. Es mußte auf Grund einer Vorgabe des Gemeindeprüfungsamtes neu ausgeschrieben werden. Ich betone **mußte.** Dadurch bekam eine neue Firma den Zuschlag. Womit ist denn erwiesen, dass das zu Lasten der Beschäftigten geht? Vielleicht hat die bisherige Putzfirma auf Kosten der Stadt dicke Gewinne eingefahren und an ihren Beschäftigten gespart.

Die Zusammenlegung der Feuerwehrzüge 1 und 2 macht Sinn und wir sollten das vorantreiben. Die Standortsicherung des Löschzuges 4 in Volme und Neuenhaus war äußerst wichtig, auch für die Außengebiete. Ein Superbeispiel, wie man Geld sparen kann, zeigt zur Zeit die Löschgruppe Neuenhaus. Was dort an Eigenleistung erbracht wird und noch weiter erbracht werden muß, ist beispielhaft. Ich kann nur sagen, dass die neue wunderbare, sehr gut isolierte 10 x 11 m große Fahrzeughalle **„nur“** doppelt so teuer wird wie die Reparatur der Rathaustreppe.

Am Ende meiner Haushaltsrede das zur Zeit wohl wichtigste Thema in Kierspe und den Nachbarkommunen ist die Regionale. Wir bekommen die einmalig Chance, durch hohe Fördergelder mit einem eher geringen Eigenanteil, die untere Kölner Straße und den Schandfleck im Eingangsbereich zu Kierspe an der B 54 umzugestalten und aufzuwerten. Wenn wir diese einmalige Chance nicht nutzen, wird es für uns, inklusive der Altlastenentsorgung, und damit verbunden die Beseitigung der Gebäude der in Insolvenz gegangenen Firmen, auf die Füße fallen und mehr Geld kosten, wie unser Beitrag zur Herstellung eines Freizeitparks.

Die **UWG Kierspe** steht voll hinter der Regionale. Allerdings müssen die Maßnahmen, vor allem im Freizeitpark, mit den Bürgern abgestimmt werden. Wolkenkuckucksheime wollen wir nicht und können wir uns auch nicht leisten. Ein gutes Beispiel ist der Vorschlag der Imker, sich dort zu präsentieren, aber auch andere gute Vorschläge von Bürgern, die schon eingebracht worden sind, sollten berücksichtigt werden. Die Verlegung und Offenlegung der Volme kann dazu beitragen, dass dieses Gebiet eine erholsame, grüne Oase wird. Bei allem tun und Handeln müssen wir darauf achten, dass uns als Stadt so gut wie keine Folgekosten entstehen.

Zum Abschluß geht ein besonderer Dank an unseren Bürgermeister Frank Emde. Ebenso gilt unser Dank allen Verwaltungsangehörigen für die geleistete Arbeit, insbesondere dem Kämmerer und seinem Team.

Die **UWG** bedankt sich auch bei allen Ratskolleginnen und Kollegen, allen Ausschußmitgliedern aller Fraktionen für die Zusammenarbeit, sowie bei allen Mitbürgern, die sich zum Wohle der Stadt eingesetzt haben.

Dieter Grafe
Fraktionsvorsitzender der **UWG**